

Macht und Recht im Betrieb . Der "Fall BMW-Berlin".

Gewerkschaftliche Betriebsarbeit
zwischen "gekaufter Vernunft" und
unbestechlichem Widerstand



Von Frank Steger im Verlag Die Buchmacherei
herausgegebenes Buch (358 Seiten, Buchpreis:
€ 14,95 + € 2,15 (Porto + Verpackung) = € 17,00). Siehe dazu [Infos
und Bezugsadresse beim Verlag Die Buchmacherei](#)

Inhalt

Vorwort des Verlags	7
Einleitung: Was heute immer noch so ist und was anders ist	11
Peter Vollmer: Ich hätte es nicht für möglich gehalten	21
Bodo Zeuner: Vierte Geschichte über Bürgerrechte im Betrieb	35
Recht haben, Recht bekommen und Recht durchsetzen sind dreierlei Dinge	87
Gekaufte Vernunft	93
Der Fall BMW	215
Anhang	333

Vorwort des Verlags

Im vorliegenden Buch dokumentieren wir eine mehrere Jahre dauernde Auseinandersetzung um die Kündigung von Gewerkschaftern im Berliner Werk der BMW AG, die – obwohl kein typischer Arbeitskampf mit Streikaktionen der Belegschaft – in unserer Reihe »soziale Kämpfe« erscheint. Das Anliegen der Reihe ist es, die Erfahrungen ungewöhnlicher betrieblicher Kämpfe, seien sie historisch oder aktuell, wach zu halten. Der Betriebskonflikt im Motorradwerk des Münchner Automobilkonzerns war unter den damaligen Verhältnissen ungewöhnlich, weil BMW hier direkt in eine innergewerkschaftliche Auseinandersetzung eingriff und in dieser Parteinahme auch offene Rechtsbrüche nicht scheute. Und sie war vor allem exemplarisch, weil sich die Vertreter der widerständigen gewerkschaftlichen Strömung in der Belegschaft, gegen die sich das Eingreifen der Firmenleitung richtete, mit Zähigkeit und Durchhaltevermögen über Jahre gegen ihre politische Ausschaltung zur Wehr setzten und dabei erfolgreich waren. Das Tauziehen der Kontrahenten wurde begleitet von einer ganzen Serie von Arbeitsgerichtsprozessen, die in bestimmten Punkten auch Rechtsgeschichte schrieben. Den von BMW gekündigten Betriebsräten stand dabei ein Solidaritätskomitee zur Seite, das ihren Kampf solidarisch begleitete und dafür sorgte, dass die Sache publik wurde und massenweise Protesterklärungen hervorrief. Es war damals auch noch möglich, ein solches Thema über mehrere Jahre in der medialen Öffentlichkeit zu halten.

Doch all die hierzu existierenden Dokumente waren Druckerzeugnisse. Sie wurden verteilt und verkauft und werden letztlich mit den letzten Wohnungsaufösungen der Zeitgenoss/innen verschwinden. Sie bleiben so für Jüngere unbekannt. Denn medial sind sie nicht mehr verfügbar. In der Zeit dieses Betriebskonflikts gab es noch kein Internet und es war nicht üblich, Dokumente digitalisiert zu archivieren. Aus diesem Grund entstand bei uns schon vor Jahren die Idee, den »Fall BMW« wieder verfügbar zu machen. Es hat ein wenig gedauert. Doch dann erhielten wir die dafür erforderliche Zustimmung und Unterstützung und konnten daraus dieses Buch erstellen.

Sein Hauptteil besteht aus zwei Broschüren, die das Solidaritätskomitee 1985¹ und 1986² veröffentlichte. Sie wurden für die Buchherstellung eingescannt und

1 Gekaufte Vernunft. Ein Lehrstück über Demokratie und Meinungsfreiheit bei BMW. Herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie und vom Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter, Sensbachtal Mai 1985, ISBN 3-88906-06-1.

2 Der Fall BMW. Ein Lehrstück über Demokratie und Meinungsfreiheit im Betrieb. Herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie und dem Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter, Sensbachtal September 1986, ISBN 3-88906-026-9.

werden zu einem späteren Zeitpunkt auch als PDF im *LabourNet* zur Verfügung stehen. Über die Aufsätze hinaus, die die beiden Broschüren zum Thema beisteuern können, haben wir noch zwei längere Beiträge hinzugenommen, die Peter Vollmer³ und Bodo Zeuner⁴ nach Ende des Konflikts verfassten. Dazu gibt es noch einen Text aus einer Dokumentation über eine Ausstellung des Berliner DGB, in dem auch der BMW-Konflikt ein eigenes kleines Kapitel hatte, das für besonderen Sprengstoff sorgte.⁵

Das Buch wird komplettiert durch die Einleitung von Bodo Zeuner. Der Autor geht den Fragen nach, was damals anders war, was gleich geblieben ist und was sich verändert hat. Nicht nur für diejenigen, die zu jung waren, es erleben zu können, ist es sehr lehrreich noch einmal erklärt zu bekommen, was das Besondere am Berlin des Kalten Krieges war und was dies für eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik bedeutete. In seiner Antwort auf die Frage nach dem, was sich veränderte, ist es Bodo Zeuner wichtig herauszustellen, dass die Berliner Ortsverwaltung der IG Metall heute nicht mehr an der zweifelhaften Politik festhält, die sie damals bei BMW verfolgte. Obwohl wir das auch so sehen, möchten wir doch betonen, dass solche Entwicklungen nicht unwiderruflich sind und die Gespenster der Vergangenheit nicht als ein für allemal verjagt gelten können. Denn ein kleiner Windzug aus der damaligen Zeit war in diesem Jahr doch zu verspüren, als einer der beiden Bevollmächtigten des Berliner Ortsvorstands der IG Metall sich einseitig in die Betriebsratswahlen zugunsten der Gewerkschaftsliste einmischte, die den Wünschen des Arbeitgebers besonders entgegenkommt. Dieses Verhalten wurde dann auch von der Listenführerin der benachteiligten Gewerkschaftsliste der IG Metall scharf kritisiert.⁶

Die beiden Broschüren des Solidaritätskomitees hatten jeweils den Untertitel »Ein Lehrstück über Demokratie und Meinungsfreiheit«. Was »die Demokratie« in kapitalistisch organisierten Betrieben betrifft, so ist diese hier ausgesperrt. Die Eigentümer bestimmen über die Beschäftigten, die für sie fremdbestimmte Arbeit verrichten. Deshalb wurden bei historischen Arbeitskämpfen auch immer wieder gern Plakate mit Aufschriften wie »Hier endet der demokratische Sektor« vor dem Werkstor hochgehalten. Und es ist dieses exklusive Verfügungsrecht einer privilegierten Minderheit über die zur Reproduktion der Gesellschaft entscheidenden

3 Peter Vollmer: Ich hätte es nicht für möglich gehalten. In: Horst Czock, Eberhard Göbel und Beate Guthke (Hrsg.): Arbeit ist das halbe Leben. Lesebuch zur Arbeitskultur. Berlin 1995.

4 Bodo Zeuner: Vierte Geschichte. In: B. Zeuner: Arbeitsunrecht. Geschichten über Bürgerrechte im Betrieb. Hamburg 1991.

5 »Anstößiges« und »Recht haben, Recht erhalten und Recht durchsetzen«. In: Das halbe Leben. Geschichte und Gegenwart des arbeitenden Berlins. Die Ausstellung: Bilder, Texte, Inszenierungen, herausgegeben vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Berlin, 1987.

6 Eine Dokumentation dieser Auseinandersetzung findet sich im Anhang des Buches.

Produktionsmittel, das die politische Demokratie relativiert und immer wieder auch bedroht. Leider wird dies in den heutigen gewerkschaftlichen Publikationen eher selten so zur Sprache gebracht. Eher wird der Eindruck erzeugt, »Demokratie im Betrieb« existiere dann, wenn Gewerkschaften dort ohne Bedrohung arbeiten können, als Vertragspartner anerkannt sind und Wahlen für den Betriebsrat möglich sind.

Wenn in der Dokumentation von einem Lehrstück in Sachen Demokratie im Betrieb gesprochen wird, dann deshalb, weil gezeigt werden soll, dass die Eigentümermacht sie nicht zulässt. Zum anderen – im gesamten Kontext eigentlich die bedeutendere Seite –, wird der Focus auf die Standards und Bedingungen gerichtet, unter denen die Beschäftigten ihre Interessenvertretung wählen können, ob dies frei und ohne gegnerische Einflussnahme möglich ist. Oder, um es in den damaligen Worten von Bodo Zeuner zu sagen: »Es geht darum, ob Arbeitgeber in Zeiten der Wende damit durchkommen können, sich ihren Betriebsrat und ihre ‚Gewerkschafts‘-vertretung im Betrieb selbst zur organisieren.«

Mit dem deutlichen Versuch, eben dies durchzusetzen, hatte BMW in den 80er Jahren eine Art negative Avantgarde-Rolle, in einer Zeit, in dem der Begriff »Union-Busting« hierzulande noch ziemlich unbekannt war. Und der Erfolg der Gemaßregelungen, die zum Schluss nicht nur ihre Wiedereinstellung durchsetzen konnten, sondern auch in der 1994 folgenden Betriebsratswahl die stärkste Liste und damit den Betriebsratsvorsitz stellten, hatte wohl auch etwas damit zu tun, dass das Verhalten von BMW den Charakter eines Tabubruchs hatte, der unter den damaligen politischen Bedingungen als Provokation empfunden wurde. Doch die in den 80er Jahren losgetretene Wende wurde nicht gebrochen, sondern veränderte mit der Zeit auch das für die Phase des »Rheinischen Kapitalismus« typische Verhältnis der Unternehmen zu den Gewerkschaften so, dass es heute nicht mehr selbstverständlich ist, dass Gewerkschaften in den Betrieben kooperativ eingebunden werden. Eine wachsende Zahl von Firmeneignern folgt dem amerikanischen Vorbild und arbeitet mit breiter professioneller Unterstützung daran, ihre Firma betriebsrats- und gewerkschaftsfrei zu halten oder zu machen. In welchem Umfang dies mittlerweile der Fall ist, lässt sich in der aktuellen Studie nachlesen, die Elmar Wiegand und Werner Rügemer für die Otto-Brenner-Stiftung erstellt haben.⁷

Die vorliegende Dokumentation geht zurück zu den Anfängen des Union-Bus-

⁷ Werner Rügemer, Elmar Wiegand: Union-Busting in Deutschland. Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Arbeitsheft 77, Frankfurt/M. April 2014. Leider ist der Print vergriffen. Die Studie ist aber per Download sowohl bei der OBS als auch beim Portal »Arbeitsunrecht.de« zu bekommen.

ting in Deutschland. Und sie zeigt – und dies ist der bedeutendere Aspekt des Kräftemessens im »Fall BMW-Berlin« –, dass und wie es möglich ist, sich dem mit Erfolg zu widersetzen. Darin liegt auch ihre besondere Aktualität.

Bedanken möchten wir uns bei Bodo Zeuner, der uns extra für diese Buchveröffentlichung die Einleitung schrieb und den Leser/innen den Blick schärft für die relevanten Veränderungen, die sich seit den 80er Jahren vollzogen haben.

Wir danken Peter Vollmer, Rainer Knirsch und Hans Köbrich für ihr Einverständnis, »die alte Geschichte« noch einmal aufzuwärmen. Froh sind wir auch über die Zustimmung von Peter Vollmer und Bodo Zeuner zum Neuabdruck ihrer nach dem Konflikt geschriebenen Artikel, und die Bereitschaft von Frank Steger, Herausgeber des Bandes zu sein.

Frank Steger war damals Sekretär des Solidaritätskomitees für die entlassenen BMW-Gewerkschafter und ist heute Vorstandsvorsitzender der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt.

Schließlich danken wir der DGB-Vorsitzenden des Berliner Landesbezirks, Doro Zinke, für die Zustimmung zum Abdruck des BMW-Kapitels in der damaligen Ausstellungsdokumentation des DGB.

Berlin, 23. Juli 2014

Was heute immer noch so ist und was anders ist

Beispiel und Nachwirkungen

Der »Fall BMW« in den späten 1980er Jahren hat vielen ein Beispiel und manchen auch Lernanstöße gegeben. Es war schon etwas Besonderes, dass nach drei Jahren öffentlich geführter Auseinandersetzung um die Rechte von Beschäftigten und Betriebsräten ein Weltkonzern klein begeben musste, die Gekündigten wieder in den Betrieb zurückkehren konnten, wieder Betriebsräte wurden – und das Solidaritätskomitee aus Gewerkschafter/innen, Wissenschaftler/innen und Studierenden verkünden konnte: »Wir lösen uns auf – wegen Erfolgs!«

Rainer Knirsch, Peter Vollmer und Hans Köbrich, die drei über 20-mal Gekündigten, haben mit ihrer Unerschrockenheit und ihrem Stehvermögen viele andere bei der Verteidigung von Rechten der abhängig Arbeitenden ermutigt. Es wurde gezeigt, dass auch ein großer Konzern nicht allmächtig ist und dass Solidarität Erfolg haben kann. Während des Konflikts und danach, als die Liste der Gekündigten die Betriebsratswahl gewann, wurde für die Beschäftigten deutlich, dass es einen Unterschied für sie macht, ob sie einen arbeitgeberhörigen oder einen für ihre Interessen aktiven Betriebsrat haben.¹ Gelernt hat auch die Gewerkschaft: Bis heute akzeptiert die IG Metall, dass bei BMW in Berlin zwei Gewerkschaftslisten, eine besonders kooperative und eine eher widerständige, kandidieren dürfen.²

Der »Fall BMW« war auch ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Studierenden/Wissenschaftler/innen und Gewerkschafter/innen im »Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter«, dessen Sprecher ich war.

Auch davon gibt es Nachwirkungen. Zum Beispiel: Hans Köbrich und ich waren im Frühjahr 2013 Teil einer Delegation von (mittlerweile) Senior-Experten, die in China Vorträge kritischen Inhalts über das deutsche System der Sozialpartnerschaft hielten. In Peking trafen wir eine Gruppe von Studierenden, die die »Wanderarbeiter« in ihrem Kampf für ihre Rechte und gegen Extremausbeutung unterstützen. Sie fragten, ob es in Deutschland Ähnliches gebe. Spontan berichteten Hans und ich über unser Solidaritätskomitee aus

1 Rainer Knirsch war 1994-2002 Vorsitzender des Betriebsrats, Hans Köbrich dessen Mitglied bis 2007.

2 Bei der BR-Wahl 2014 bezog die Berliner IGM-Ortsverwaltung allerdings in einem Aufruf Position für die arbeitgeberfreundliche Liste, was in der Organisation auf heftige Kritik stieß. Die Spitzenkandidatin der Liste »Klare Linie«, die Nachfolgeliste von Knirsch, Vollmer und Köbrich, warf dem Autor dieses Aufrufs in einem Offenen Brief vor, er habe »unter den IGM-Mitgliedern im Werk eine Welle der Empörung ausgelöst«. *Klare Linie* erhielt dann 685 von 2.057 Stimmen und 7 von 21 Betriebsratsmandaten.

den 1980er Jahren. (Auf die Frage, ob es auch heute in Deutschland Studentengruppen gebe, die die Arbeiter unterstützten, mussten wir allerdings passen.)

Eine weitere Nachwirkung war die Gründung der »Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt« durch Peter Vollmer. BMW hatte in der allerletzten Phase des Konflikts mit Hilfe eines Detektivs herausgefunden, dass Peter Vollmer Erbe eines Millionenvermögens war (von dem er allerdings seit seinem politisch motivierten Entschluss, Arbeiter zu werden, nichts für sich selber verwendet hatte). Mit dieser neuen Information versuchte BMW nun, Vollmers Arbeitsvertrag für von Anfang an ungültig zu erklären, und damit, nachdem über 100 Prozesse vor Arbeitsgerichten verloren waren, den ganzen Fall doch noch umzudrehen. Das misslang vollständig, und BMW machte sich lächerlich.³ Peter Vollmer aber zog aus der Bekanntgabe seines Vermögens die Konsequenz, aus seinen Einkünften als Kapitalist wider Willen fortan eine Stiftung zu finanzieren, die sich weltweit um den Kampf für die Rechte abhängig arbeitender Menschen kümmern soll.⁴

Verallgemeinerbares

Das alles wäre vielleicht schon Grund genug für einen Reprint, der an ein bestimmtes *historisches*, also einmaliges aber nachwirkendes, Ereignis erinnert. Der »Fall BMW« aus den 80er Jahren taugt aber auch als Anstoß für grundsätzliche Überlegungen zu Problemen, Konstellationen und Strategien der Gewerkschaften und, allgemeiner noch, des – der Begriff wird heute viel zu wenig verwendet, obwohl er keineswegs überholt ist – inzwischen global gewordenen Klassenkampfes. Solche Einordnungen »unseres« Falls in allgemeinere Zusammenhänge haben wir auch damals schon vorgenommen, wie aus den folgenden Texten und Dokumenten deutlich wird. Auch auf dieser Ebene gilt es zu fragen,

- (1) was damals besonders war,
- (2) was heute immer noch gilt,
- (3) und was sich verändert hat.

Dazu will ich hier einige – nicht systematisch geordnete – Beobachtungen und Impressionen aufschreiben.

3 Die »taz« schrieb damals, die letzten Marxisten, die darauf bestünden, dass Arbeiter nur die seien, die nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten, saßen in der Chefetage von BMW.

4 Die »Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt« besteht seit nunmehr 24 Jahren und hat über 1.200 Projekte gefördert.

(1) Was damals besonders war

Besonders war vor allem das sehr spezielle Umfeld West-Berlin, diese »besondere politische Einheit« (O-Ton Ost), dieser »Vorposten der freien Welt« (O-Ton West). Wenige Jahre später wurde dieses subventionsgenährte und politisch hochsensible Biotop durch die deutsche Vereinigung eingeebnet.

Zu West-Berlin gehörte eine Gewerkschaft, die sich in erster Linie als antikomunistisch verstand. Bis in die 1960er Jahre organisierte der DGB am 1. Mai »Freiheitskundgebungen«, bei denen Politiker aller Couleur die West-Berliner für ihren Durchhaltewillen gegen die kommunistische Bedrohung lobten und gewerkschaftliche Themen höchstens am Rande vorkamen. Der West-Berliner DGB und mit ihm die IG Metall waren tragende Säulen der antikomunistischen »Frontstadt« West-Berlin. Linke, herrschaftskritische oder gar klassenbewusste Positionen und Gruppen hatten es in den Gewerkschaften wie in der gesamten West-Berliner öffentlichen Meinung besonders schwer, und es war leicht, sie als bewusste oder unbewusste Parteigänger »des Ostens« auszugrenzen (»Geht doch nach drüben, wenn's Euch hier nicht passt!«)⁵

Diese alles dominierende bornierte Frontstadt-Doktrin, verstärkt durch das Pressemonopol des konservativen Axel-Springer-Verlags, provozierte vor allem bei den Studierenden an den Universitäten heftigen Widerspruch. Die sich ab 1965 entwickelnde deutsche Studentenrevolte hatte in West-Berlin eines ihrer Zentren. Hier bekannten sich 1967/68 Zehntausende zur grundsätzlichen Systemkritik der »APO«, der »außerparlamentarischen Opposition«, und viele folgten den Deutungen des Wortführers Rudi Dutschke. Im Februar 1968 riefen der DGB-Vorsitzende Walter Sickert und der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) die West-Berliner zu einer Anti-APO-Kundgebung auf, an deren Rande linke Demonstranten verprügelt und ein Mann, der Dutschke ähnlich sah, physisch bedroht wurden. Wenige Wochen später wurde Dutschke tatsächlich von einem aufgehetzten Revolverschützen in Berlin lebensgefährlich verletzt.

Das Verhältnis zwischen den protestierenden Studenten, den späteren »68ern«, und den DGB-Gewerkschaften, das an anderen Orten, etwa am Frankfurter Hauptsitz der IG Metall, durchaus Bündnisse, etwa gegen die Notstandsgesetze, ermöglicht hatte, war in West-Berlin von Grund auf gestört und vergiftet. Das änderte sich nur langsam, unter anderem dadurch, dass viele 68er langsam in das Berufsleben eintraten und die Gewerkschaftsbasis veränderten. Aber in den 80er

⁵ Eine Ausnahme verdient Erwähnung: Die IGM-Bildungsstätte Berlin-Pichelssee unter dem Leiter Lothar Pinkall und einigen seiner Nachfolger war ein Ort kritischer Infragestellung kapitalistischer Verhältnisse und der Begegnung von Studenten- und Gewerkschaftsbewegung. Aber dieses »kleine gallische Dorf« im Frontstadtumfeld war direkt dem zentralen Vorstand der IG Metall in Frankfurt/M. unterstellt, nicht der West-Berliner Ortsverwaltung.

Jahren war der frontstädtische Antikommunismus auch in der Berliner IG Metall noch durchaus lebendig.

Die in West-Berlin besonders starke Studentenrevolte brachte noch zwei andere Resultate hervor, die uns im Fall BMW wieder begegnen.

Zum einen gab es hier besonders viele Intellektuelle und Studierende, die bereit waren, aus politischen Motiven »in die Betriebe« zu gehen. Und dabei ggf. auch Klassenverrat an ihrer Herkunftsklasse zu begehen, wie Peter Vollmer, der aus einer Wuppertaler Industriellenfamilie stammt.⁶ Auch andere Akteure bei BMW und in anderen Großbetrieben West-Berlins waren Intellektuelle, die ihre marxistische Orientierung zum Teil an Universitäten, zum Teil in Zirkeln und Kaderparteien gewonnen oder gefestigt hatten. Diese Bewegung »in die Betriebe« war keine West-Berliner Spezialität, aber sie war hier besonders verbreitet und nachhaltig.⁷

Ein anderes Resultat der Studentenrevolte war, dass an den West-Berliner Universitäten ab 1968 tatsächlich eine Reform von Strukturen und Inhalten stattfand. Vor allem in sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereichen erweiterte sich das personelle und inhaltliche Spektrum um gesellschaftskritische Ansätze. Studierende erkämpften sich Freiräume für Mit- und Selbstbestimmung im akademischen Betrieb (die im Zuge der Verschulung und Ökonomisierung des Studiums seit den 90er Jahren wieder beseitigt wurden). Es blieb jenseits der Pflichtveranstaltungen Zeit für politisches Engagement. Bei einigen drückte sich das darin aus, dass sie morgens um 5 Uhr Flugblätter vor den Werkstoren von BMW verteilten oder Texte für das Solidaritätskomitee verfassten.⁸

(2) Was heute immer noch gilt

Selbstverständlich und offensichtlich war die Auseinandersetzung um die Betriebsratswahlen und Kündigungen bei BMW *eine Form der Austragung des Klasseengegensatzes* von Lohnarbeit und Kapital. Den unbequemen Betriebsräten ging es um die Abwehr von Rechtsverletzungen und Überausbeutung und um einen möglichst gerechten Anteil der Arbeitenden am erarbeiteten Produkt, insbeson-

6 Peter Vollmer hat über einen Teil seines Weges vom Architekten zum Arbeiter selber Auskunft gegeben in seinem Buch: 1976 bis 1978. Zwei Jahre im Kabelwerk Winckler Berlin. Ein Rückblick nach persönlichen Aufzeichnungen. trafo verlag, Berlin 2003.

7 Empirisch untersucht und wissenschaftlich analysiert hat das Jan Ole Arps: Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren. Assoziation A, Berlin 2011.

8 Wahrscheinlich ist es heute, da Studierende unter extremem Verschulungsdruck stehen, erforderlich, die Selbstverständlichkeit hervorzuheben, dass es für die Mitarbeit im Solidaritätskomitee seitens der Uni keinerlei »Scheine« oder sonstige Leistungs- oder Teilnahmenachweise gab.

dere versuchten sie innerhalb der Belegschaft die Gleichberechtigung und Solidarität zwischen deutschstämmigen und migrantischen, meist türkischstämmigen, Arbeiter/innen zu fördern. Das war, wie jede gute Gewerkschaftsarbeit, für die Kapitaleseite kostensteigernd. Folglich versuchte das BMW-Management, kostengünstigere Betriebsräte zu installieren. Alltäglicher Klassenkampf also.

Es ist keine Frage, dass dieser Klassenkampf seither nicht aufgehört hat. Unternehmen jeder Größe versuchen weiterhin, unbequeme und damit für sie kostspielige Betriebsräte, insbesondere solche, die auch noch den Widerstandsgeist der Beschäftigten fördern, auszuschalten.⁹ Innerbetriebliche Repression gegen gewählte Betriebsräte oder gegen diejenigen, die Betriebsräte einrichten wollen, ist vermutlich sogar viel großflächiger verbreitet als in den 80er Jahren, wie ein Blick ins *LabourNet*¹⁰ zeigt. Es gibt, nach dem Vorbild des US-amerikanischen union bashing, mittlerweile auch in Deutschland Berater- und Anwaltsfirmen, die darauf spezialisiert sind, deutsche Betriebe betriebsrats- und gewerkschaftsfrei zu halten.¹¹

Verändert hat sich allerdings die Haltung der Gewerkschaften zu diesen Aktivitäten des Klassegegners. Unser Solidaritätskomitee wurde ja auch notwendig, weil die Berliner IG Metall ihre von BMW entlassenen Aktiven anfangs kaum und später nur halbherzig unterstützte, sondern stattdessen die arbeitgebergesteuerte »Mannschaft der Vernunft« favorisierte. Heute sind die Gewerkschaften in Deutschland im allgemeinen schneller und klarer bereit, ihre Aktiven im Betrieb, wenn sie vom Arbeitgeber drangsaliert werden, zu unterstützen, nicht nur individuell durch Rechtsschutz, sondern auch politisch und öffentlich. So war es etwa bei ver.di im Fall der Kündigung der Berliner Supermarktkassiererin Barbara Emme (»Emmely«) 2010/2011. Solidaritätskomitees gibt es dann immer noch, aber sie sind meist Teil eines Bündnisses von »zivilgesellschaftlichen« Gruppen und Gewerkschaften.

Immer noch besteht aber ein Problem, das insbesondere die deutschen Gewerkschaften haben und das im »Fall BMW-Berlin« besonders scharf zu Tage trat: Das Problem der allzu engen Kooperation mit der Arbeitgeberseite. Ich habe damals die IG Metall, vor allem die in West-Berlin, besonders scharf deshalb kritisiert,

9 Schon damals war der Fall BMW nicht einzigartig. In meinem Buch »Arbeitsunrecht. Geschichten über Bürgerrechte im Betrieb« (Rasch und Röhring Verlag, Hamburg 1991) habe ich mehrere Fälle der innerbetrieblichen Repression gegen aktive Betriebsräte geschildert.

10 Im Archiv von labournet.de finden sich aus den letzten Jahren viele Berichte über Versuche von Unternehmen, aktive Betriebsratsmitglieder mit Kündigungen zu überziehen.

11 So z. B. der Düsseldorfer Anwalt Helmut Naujoks, der Arbeitgeber systematisch bei der Kündigung von Betriebsräten anleitet (vgl. z. B. Bericht über seine Tätigkeit im Fall Burger King in der Süddeutschen Zeitung vom 7./8. September 2013).

weil sie »gelbe«, also nachweislich vom Arbeitgeber gesteuerte, Betriebsräte als Mitglieder in den Reihen duldeten und damit nicht nur die Klassengegensätze verwischte, sondern sogar auch das Prinzip der »Gegnerfeiheit«, die arbeitsrechtliche Voraussetzung für die Tariffähigkeit einer Gewerkschaft ist, missachtete. Kurz gefasst: Gewerkschaft kann und darf niemals »gelb«, also arbeitgebergesteuert, sein, sonst ist sie keine Gewerkschaft.¹²

Wichtig war und ist mir auch, zwischen »gelben« und sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften zu unterscheiden. Sozialpartnerschaftlich denkende und handelnde Gewerkschafter/innen und Gewerkschaften, und das ist wohl immer noch die Mehrheit im DGB, glauben, dass die Interessen der Arbeitnehmer am besten in Zusammenarbeit mit dem/den Arbeitgeber/n realisiert werden können, allerdings »partnerschaftlich« und »auf Augenhöhe«, nicht als Unterabteilung des Managements, sondern nur den eigenen Mitgliedern verantwortlich.

Was im »Fall BMW-Berlin« zu beobachten und zu kritisieren war, das ist ein Fall des fließenden und konturlosen Übergangs zwischen »gelber« und sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik. Aus meiner Sicht und auch aus der Sicht vieler IG Metall-Mitglieder, die dies forderten: Die »Gelben«, also die von BMW aufgestellte »Mannschaft der Vernunft«, hätte die IG Metall ausschließen müssen, während die dauernde Diskussion zwischen sozialpartnerschaftlich und eher klassenorientiert denkenden Mitgliedern innerhalb der Organisation fortgesetzt werden muss.

Der Ausschlussantrag gegen die Gelben bei BMW wurde damals von der IG Metall in Berlin immer wieder auf die lange Bank geschoben; rundweg abgelehnt werden konnte er nicht, weil damit der Nerv des Selbstverständnisses als Gewerkschaft getroffen war. Aber angenommen werden konnte er auch nicht, weil dadurch die auf enge Kooperation mit »ihrem« Management eingeschworenen Betriebsräte vor allem in der Autoindustrie, verstört und verschreckt worden wären. Vielleicht hätten sich dann sogar starke Kräfte für die Gründung einer besonders arbeitgebernahen Automobilarbeitergewerkschaft gefunden.

Das Dilemma der IG Metall von damals, so denke ich, besteht heute immer noch. Sie ist, gerade in den organisationsstarken Branchen wie Automobil- und Stahlindustrie, abhängig von mehrheitlich eng mit den Arbeitgebern zusammenarbeitenden Betriebsräten, deren »Eliten«, ähnlich wie z. B. in Japan, auf Aufstieg in das Management spekulieren. Das Regime der deutschen Mitbestimmung, das die Position eines Arbeitsdirektors vorsieht, der Teil des Managements ist, aber aus den Gewerkschaften kommt, leistet dieser Vermischung von »gelb« und »sozialpartnerschaftlich« erst recht Vorschub. Und von den Beiträgen dieser, ins

¹² Vgl. meine beiden Aufsätze zum Thema »Der Fall BMW und die Politik der IG Metall« in den beiden hier nachgedruckten Broschüren von 1985 und 1986.

Management aufgestiegenen, Ex-Gewerkschafter (sowie von staatlichen Zuweisungen) lebt die Hans-Böckler-Stiftung, das gewerkschaftsnahe Institut für die Förderung von Bildung und Wissenschaft.

Alles in allem: Die Unterscheidung von »gelb« (= arbeitgebergesteuert) und »sozialpartnerschaftlich« (= Hoffnung auf Ausgleich der unterschiedlichen Interessen im Kapitalismus) ist im Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften zwar noch vorhanden, aber sie wird nicht artikuliert und betont.

Dabei wäre genau dies dringend erforderlich, wenn man die internationale Dimension in den Blick nimmt. Es gibt nichts Wichtigeres, als z. B. chinesischen oder vietnamesischen Gewerkschafter/innen zu erklären, dass sie aufhören sollten, arbeitgeberabhängig zu sein. Aber das gehört schon zum nächsten Kapitel:

(3) Was sich verändert hat

Globalisierung, Prekarisierung, Privatisierung, neoliberale Politik und Hegemonie – das sind einige der Begriffe, unter denen die Wandlungen des mittlerweile scheinbar alternativlos gewordenen Kapitalismus seit den 80er Jahren beschrieben und analysiert werden.

Aber nicht alles, was weltweit wirkt, zeigt sich auch im Fall BMW (oder der Motorrad- bzw. Automobilindustrie). Hier ist vieles sehr stabil geblieben. Von der Firma BMW wurden in Deutschland, möglicherweise auch als Konsequenz aus dem Berliner Konflikt, keine weiteren so massiven Versuche bekannt, unbequeme Betriebsräte loszuwerden. Sie hat sich auch bemüht, mit dem Konzernbetriebsrat unter dem Vorsitzenden Schoch sozialpartnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

Was Prekarisierung angeht: Sehr früh hat BMW auch in seinem Berliner Motorradwerk Leiharbeiter/innen und befristete Arbeiter/innen eingestellt; sehr früh und relativ erfolgreich hat der Betriebsrat unter dem Vorsitz von Rainer Knirsch (1994-2002) sich für Regelungen zur Übernahme und zur Gleichstellung und Gleichentlohnung eingesetzt. Durch Einsatz aller Mittel – Zustimmungsverweigerung, für den Arbeitgeber kostspielige Arbeitsgerichtsverfahren, Gegengeschäfte für die Akzeptierung von mitbestimmungspflichtigen Arbeitszeitregelungen – gelang es, den Anteil von Leiharbeit im Berliner Werk erheblich niedriger zu halten als in allen anderen Werken.

Als BMW das britische Werk Rover erst kaufte und dann wieder abstieß, wurde die Dimension der internationalen Konkurrenz deutlich. Der Münchner Kon-

zernbetriebsrat stellte sich in der Verkaufsfrage an die Seite des deutschen Managements, und die britischen Kollegen fühlten sich verraten. Allerdings gab es doch ein Minimum an internationaler Verantwortung beim deutschen Betriebsrat: BMW verkaufte Rover an einen Investor, der mehr Absicherung der Arbeitsplätze in England versprach als der vom Management zunächst vorgesehene Käufer. Während der Auseinandersetzungen um Rover fuhr das Berliner Betriebsratsmitglied Köbrich nach England und erklärte sich solidarisch mit den englischen Kolleg/innen.

Hauptsächlich verändert aber hat sich das Feld der Klassenauseinandersetzung durch die Globalisierung, durch die weltweit wirksame kapitalistische Ausbeutung und deren herrschaftliche Absicherung. Gewerkschaftliches Handeln, auch und gerade im Betrieb, ist mehr denn je »global«, das heißt es findet örtlich statt, hat aber globale Auswirkungen. Die politisch entscheidende Frage ist, inwieweit diese Wirkungen von den Akteuren stets in den Blick genommen werden. Das Management tut es regelmäßig. Es setzt Arbeitende weltweit in gnadenlose Konkurrenz zueinander, um Arbeitskosten zu sparen. Auch bei nationalen Pakten von Betriebsräten und Gewerkschaften mit Unternehmen und Staat, etwa zur Förderung der Wettbewerbschancen der deutschen Exportindustrie, ist die globale Dimension stets einkalkuliert. Die für die Arbeiterbewegung entscheidende Frage ist, ob auch sie zu bewusst »globalem« Handeln in der Lage ist, das anderen Zielen dient, nämlich Stärkung der transnationalen Solidarität und der Durchsetzung von Menschenrechten überall auf der Welt.

Im Rückblick fällt mir auf, dass wir als Akteure uns damals, in den 80er Jahren, um die globale Dimension auch sehr unzureichend gekümmert haben. Dass BMW damals schon mit einem Produktionsbetrieb in Südafrika, 1983 von Präsident RSA-Botha und Bayerns Ministerpräsident Strauß eröffnet, das Apartheidregime stützte und gegen internationale Sanktionsgebote verstieß, hatten wir als Solidaritätskomitee und als linke Gewerkschaftsaktive damals, wie man heute sagen würde, »einfach nicht auf dem Schirm«.

Heute gehört der »globale Blick« schon eher zum Standardrepertoire der Gewerkschaftslinken in Deutschland, Europa und Amerika. Alle wissen:

Wer im »eigenen« Betrieb für die Rechte von aktiven Gewerkschaftern und Betriebsräten kämpft, sollte sich auch darum kümmern, wie das »eigene« Unternehmen sonst auf der Welt mit Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen und mit den Rechten der Beschäftigten umgeht. Nicht nur aus moralischer und politischer Überzeugung, sondern auch, um der Unterbietungskonkurrenz, die das Kapital den von ihm Abhängigen weltweit aufnötigt, etwas entgegenzusetzen.

Hier bleibt noch sehr viel zu tun. Es ist bis heute nicht selbstverständlich, dass deutsche Gewerkschaften und Betriebsräte sich für die Menschenrechte der Arbeitenden in China, Bangladesh oder USA, in Griechenland, der Türkei oder Nigeria, auch bei Tochterfirmen und Zulieferern, einsetzen, dorthin Kontakte suchen und vielleicht sogar gemeinsame Aktionen planen.

Hoffen dürfen wir allerdings auf eine Wirkung: Wer sich hier über Missachtung von Recht und Gerechtigkeit empört, wird dies womöglich auch woanders tun, und: Wer hier gelernt hat, solidarisch zu kämpfen, wird, wenn der Kampf Erfolge brachte, das Feld derer, mit denen er Solidarität zeigt, ausweiten.

Eine solche Wirkung ist auch vom »Fall BMW-Berlin« ausgegangen. Nicht wenige der damals solidarisch Kämpfenden haben sich innerhalb des gewerkschaftlichen Spektrums verstärkt internationalistischen Aktivitäten zugewandt, und sie bohren, etwa im Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin, in der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt oder dem Forum Arbeitswelten Deutschland-China, bis heute an diesen dicken Brettern.

Bodo Zeuner